STAATS- UND UNIVERSITÄTSBIBLIOTHEK HAMBURG
CARL VON OSSIETZKY Von-Melle-Park 3 · D-20146 Hamburg

Titel: Morgenausgabe

Autor:

Purl: https://resolver.sub.uni-hamburg.de/kitodo/PPN1754726119_19220530MO

Rechtehinweis und Informationen

Der Inhalt ist gemeinfrei. Das Digitalisat darf frei genutzt werden.

Public Domain

Zum Zwecke der Referenzierbarkeit und einem erleichterten Zugang zum Original bitten wir um folgenden Hinweis bei der Nachnutzung:

Original und digitale Bereitstellung:
Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg Carl von Ossietzky
+ Signatur + Link zum Digitalisat

Qualitativ höherwertige Reproduktionen können in verschiedenen Formaten und Auflösungen kostenpflichtig erworben werden. Gebühren werden entsprechend der Gebührenordnung für wissenschaftliche Bibliotheken der Freien und Hansestadt Hamburg erhoben.

Sollten Sie das Objekt in Ihrer eigenen Veröffentlichung verwenden, würden wir uns freuen, wenn Sie uns darüber informieren und uns die bibliographischen Angaben Ihrer Publikation mitteilen. Wir freuen uns natürlich sehr, wenn Sie uns zur Information sogar ein Belegexemplar der Publikation zukommen lassen können.

Kontakt für Nachfragen:
Staats-und Universitätsbibliothek Hamburg - Carl von Ossietzky -
Von-Melle-Park 3
20146 Hamburg
auskunft@sub.uni-hamburg.de
https://www.sub.uni-hamburg.de

Das „Hamburger Echo“ erscheint täglich zweimal, Sonntags u. nach Feiertagen nur einmal. Bezugspreis: wöchentl. 9,25 M., monatl. 40,— M., vorauszahlbar frei ins Haus.
Für Abholer 35,— M.
Redaktion: Fehlandstraße 11, 1. Stock.
Verantwortlicher Redakteur: Paul Bugdahn, Altona.
Expedition: Fehlandstraße 11, Erdgeschoß.
Buchhandlung: Erdgeschoß.
Buchdruckerei-Kontor: Fehlandstraße 11, 1. Stock.

Einzelnummer morgens 70 M., abends sowie Sonn- und Festtags 1,20 M.

Hamburger Echo

Anzeigen die elfgespaltene Petitzeile 11,— M., unter Ausschluß der „Geschäftlichen Rundschau“.
Arbeitsmarkt 5,— M., private Familienanzeigen 4,50 M.
Kleine Anzeigen bis 9 Zeilen die Zeile 6,— M.
Reklamezeile 50,— M.
Anzeigen-Annahme Fehlandstraße 11 im Erdgeschoß (bis 7 Uhr abends für den folgenden Tag), in den Filialen (bis 3 Uhr) und in allen Annoncen-Bureaus.
Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Nr. 247. Dienstag, den 30. Mai 1922 — Morgen-Ausgabe. 36. Jahrgang.

Die Genuadebatte des deutschen Reichstages.

Deutscher Reichstag.

(Telephonischer Bericht.)

221. Sitzung.

Montag, 29. Mai, nachmittags 2 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht die Entgegennahme einer

Erklärung der Reichsregierung.

Reichskanzler Dr. Wirth: Ich will das im Auswärtigen Ausschuß bereits Vorgetragene nicht wiederholen. Da die Pariser Verhandlungen zurzeit in vollem Fluß sind, kann die Regierung auch über das im Auswärtigen Ausschuß Berichtete nicht hinausgehen. Es kann sich heute nur darum handeln, zu dem in Genua Vorgegangenen noch einmal Stellung zu nehmen und es zu ergänzen, damit Sie (zum Hause) zu unserer Genua-Politik Stellung nehmen können. In Genua sind die Vertreter aller europäischen Nationen zusammengetreten, um einer großen Idee zu dienen, der Idee der Solidarität der europäischen Völker. Ich danke im Namen der Reichsregierung dem italienischen Volk und seiner Regierung für seine Gastfreundlichkeit und für die hingebungsvolle Arbeit im Interesse der Konferenz. (Beifall.) Der Gedanke der Konferenz von Genua ist von England ausgegangen. Sie war gedacht als eine Weltkonferenz, die die wirtschaftliche Spannung in der ganzen Welt heilen sollte. Der Gedanke war vielleicht zu groß, zu weit gedacht, als daß er sich jetzt schon bis zum letzten Rest verwirklichen konnte. Eingeschränkt worden ist er zunächst durch die Weigerung Amerikas, an der Konferenz teilzunehmen, sodann durch die Haltung Frankreichs, das die Tagesordnung so beschränkte, daß nicht einmal die gesamte europäische Krise in das Programm von Genua aufgenommen worden ist. Innerhalb dieser europäischen Krise kann man große Gruppen von Fragen unterscheiden: Es ist die Krise der ehemaligen Staatenbündnisse, die vor dem Kriege bestanden, und zum Krieg geführt haben; es ist die Krise in den europäischen Staaten selbst; es ist die Krise in der europäischen Kultur und der sozialen Spannung; es ist schließlich die Krise der europäischen Gesamtwirtschaft. Das Instrument, das diese großen Krisen einmal behandeln sollte, sollte die Genueser Konferenz sein. Diese Genueser Konferenz ist in ihrem Programm so reduziert worden, daß die tagenden Völker schließlich nicht einmal mehr in offiziellen Sitzungen die Wahrheit hören sollten über alle diese Fragen, daß sie nicht einmal die Probleme in aller ihrer Schärfe erörtern konnten. Trotzdem müssen wir allen denen doch dankbar sein, die trotz aller Sabotageversuche mit zäher Energie, dem ursprünglichen Gedanken getreu, die Völker zusammenführten und die Konferenz die ganzen Wochen hindurch geführt haben.

Die in Genua inoffiziell behandelten Fragen sind vielleicht die wichtigsten Fragen gewesen.

(Sehr richtig!) Ich erinnere nur an die Reparationsfrage, die für uns die wichtigste ist, und die nicht nur eine deutsche, sondern eine europäische Frage ist. (Sehr richtig!) Ueber die Reparationsfrage ist, wenn auch nicht offiziell, sehr viel gesprochen worden. Ich darf die um Nachsicht bitten, die sich zu dem etwas langen Aufenthalt der deutschen Delegation in Genua kritisch geäußert haben. Gerade die erste Möglichkeit seit acht Jahren, mit den verantwortlichen Führern fremder Staaten in die Verbindung zu kommen und mit ihnen vielleicht die Reparationsfrage zu besprechen, hat uns Veranlassung gegeben, trotz aller Enttäuschungen in Genua zu verbleiben. Fast alle Gespräche zwischen verantwortlichen Politikern berührten sehr rasch die Reparationsfrage. Die Genueser Konferenz bedeutet zweifellos einen Fortschritt. Wir sind, nach außen gesehen, als gleichberechtigte Macht auf der Genueser Konferenz gewesen. (Lachen rechts.) Wie man darüber lachen kann, ist mir unbegreiflich. (Zustimmung bei der Mehrheit.) Ich habe Gelegenheit gehabt, mit einem Staatsmann der Alliierten diese Frage zu besprechen. Wir waren uns beide einig: Auch wenn Genua große Hoffnungen nicht verwirklicht hat,

schon die Tatsache, daß seit 3½ Jahren nach dem Waffenstillstand sich die Mächte einmal friedlich versammeln und Probleme der Wirtschaft und der europäischen Politik besprechen und Brücken von Volk zu Volk schlagen, schon allein diese Tatsache ist ein großer einzigartiger Fortschritt.

(Zustimmung.) Diesem Fortschritt dienten auch die Arbeiten der deutschen Vertreter in den Kommissionen, über die, wenn es gewünscht wird, der Reichsfinanzminister und der Reichswirtschaftsminister gern berichten werden. Ich will die dort gefundenen theoretischen Leitsätze nicht überschätzen, aber wir müssen uns in Deutschland zunächst einmal vor Unterschätzungen hüten. Gewiß haben viele dieser Leitsätze nur theoretische Bedeutung und es wird noch viel Wasser den Rhein hinunterfließen, bis sie verwirklicht sind. Wir haben nur eins zu tun: Die dort gefundenen Leitsätze sind für die Finanzgebarung, für den Verkehr und für die Wirtschaft zu Richtlinien unseres Volkes zu machen, und wir werden es tun. Wir hoffen, daß sich die anderen auch nach ihnen richten werden. Wir haben in Genua Politik gemacht im Sinne der europäischen Verständigung und jederzeit unsere Hand geboten, um zu einer verständnisvollen Zusammenarbeit zu kommen. Nicht in allen Punkten konnten wir uns an einer solchen Arbeit beteiligen. Wir waren gleichberechtigte Mitglieder in der ersten Kommission, die eine Unterkommission bildete, der die Hauptfragen der Konferenz zugewiesen wurden. Wir wehrten einen französischen Vorstoß in der Unterkommission ab, der uns auf die Rolle kleiner Staaten der neutralen Welt stellen wollte. Aber im Laufe der Konferenz stellte es sich heraus, daß sich neben dem Obersten Rat, der noch nicht in die Erscheinung trat, eine neue Union der einladenden Mächte bildete, und daß diese ohne uns und ohne, daß wir die Gewähr hatten, daß unsere Interessen gewahrt würden, mit Rußland Verhandlungen begann, denen wir nur mit größter Spannung und Sorge entgegenschauen konnten. Es war deshalb nötig — und das war nicht ein Irrtum der deutschen Politik, sondern unser pflichtgemäßes Handeln (Sehr richtig!), daß wir selbständig versucht haben, unsere Fragen mit Rußland zu lösen, nachdem die anderen uns dazu gerade Veranlassung gegeben hatten. (Zustimmung.)

Es ist eine große Aufregung über den Vertrag von Rapallo durch die Welt gegangen,

die sich auch nach Deutschland übertrug. Aber diejenigen, die jenseits der Grenze sich am lautesten über diesen Vertrag aufgeregt haben, haben ihn nach meinem Eindruck nicht einmal gelesen. Vielmehr hat schon allein die Tatsache, daß Deutschland selbständig handle, in jenen Kreisen Bestürzung hervorgerufen. (Sehr richtig!) Wer den Rapallo-Vertrag sorgfältig und unvoreingenommen durchliest, muß gestehen, daß er ein ehrliches und aufrichtiges Friedenswerk ist. Es ist in gewissem Sinne ein vorbildlicher Friedensvertrag, in dem es weder Besiegte noch Sieger gibt. Es ist die vollkommene Liquidierung der aus dem Kriegszustand herrührenden gegenseitigen Forderungen. Noch unverständlicher ist die Behauptung von der angeblichen Täuschung dieses Vertrages als ein kriegerischer Faktor in Europa. Den Anlaß für diesen Vertrag gab die Entente selbst. (Zustimmung.) Durch die Aufhebung der materiellen Bestimmungen des Brester Friedensvertrages und der dazu gehörenden Zusatzverträge mußte eine Neuregelung des Verhältnisses zwischen Deutschland und Rußland vorgenommen werden. Notwendig war vor allen Dingen eine Abstreichung der gegenseitigen Forderungen. Artikel 116 des Versailler Vertrages nötigte uns, den hier geschaffenen Ausgleich mit Rußland zu erreichen. Gerade über den Artikel 116 herrschte bei sehr vielen verantwortlichen Politikern der Welt keine allzu große Kenntnis. (Hört, hört!) (Der Reichskanzler verliest ihn.) Der bedeutsamste Satz in ihm lautet: „Die alliierten und assoziierten Mächte behalten sich ausdrücklich die Rechte Rußlands vor, von Deutschland jede Wiederherstellung und Wiedergutmachung zu erhalten, da es den Grundsätzen des gegenwärtigen Vertrages entspricht.“ Da die andern uns nicht hinzuzogen, mußten wir unserseits mit Rußland zu einem ehrlichen gegenseitigen Vertrag kommen. Der Rapallo-Vertrag ist lediglich die Fortsetzung der im deutsch-russischen Vertrag vom 6. Mai 1921 bereits vorgesehenen weiteren Regelung der zwischen beiden Ländern bereits bestehenden Verträge. Die 6 Paragraphen des Vertrages enthalten keinerlei politischen Bestimmungen oder Abmachungen, aus denen irgendein Dritter eine Gefährdung oder Schmälerung seiner Rechte herleiten kann. (Sehr richtig!) Vielfach wurde auch bei uns zwar nicht der Inhalt des Vertrages, wohl aber der Zeitpunkt seines Abschlusses als Drohung aufgefaßt. Auch das ist vollkommen unzutreffend. Der Vertrag war in seinen Grundzügen längst vor Genua fertiggestellt. Deutschland hat von dem Abschluß des Vertrages vor Genua in der Hoffnung gesehen, daß die Leitsätze des Vertrages dem voraussichtlichen Genua-Pakt angepaßt werden könnten. Deutschland wollte kurz vor Genua jede Sonderaktion vermeiden, sah sich aber dann von den Verhandlungen über Rußland ausgeschlossen. Es hat lediglich am Dienstag an einer kurzen Sitzung teilnehmen können, der das Londoner Memorandum als Verhandlungsbasis vorgelegt wurde. Dieses Memorandum enthält die ausdrückliche Bekräftigung des Art. 116. Ferner waren sämtliche Verkriegsansprüche Deutschlands gegen Rußland durch dieses Memorandum eliminiert. Von Dienstag bis Sonnabend vor Ostern wurden wir wiederholt vergeblich vorstellig, um zu verhindern, daß wir nicht aus Artikel 116 mit neuen Lasten belastet würden, die den Ring der Schuldknechtschaft um Deutschland endgültig geschlossen hätten. Lloyd George hat in seiner ersten Rede nach der Konferenz einen großen Fehler begangen. Es wird davon abhängen, auf welchen Standpunkt der europäischen Politik man sich stellt, ob man den Vertrag von Rapallo als fair oder unfair betrachtet.

Lloyd George gibt in seiner Rede zu, daß die Entwicklung der Verhältnisse Deutschlands zu Rußland zu gegenseitiger Verständigung führen mußte. Wenn das stimmt, dann liegt der Irrtum nicht auf unserer Seite.

(Sehr richtig!) Lloyd George warnt in seiner Rede auch die Welt, das deutsche und russische Volk nicht weiter zur Verzweiflung zu treiben, da sonst ungeahnte Konsequenzen entstehen könnten. Ich wiederhole nochmals ausdrücklich, daß der Rapallo-Vertrag keinerlei derartigen Absichten enthält. Er realisiert nur den Willen zweier Nachbarreiche, die Frieden und Verständigung in der Zusammenarbeit suchen und deshalb endgültig einen Strich unter die Vergangenheit machen. Er bedeutet eine Brücke zwischen Ost und West in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht, zum Wohle beider Seiten. Es ist von Bedeutung, daß der Rapallo-Vertrag bei den Arbeitern der ganzen Welt als erstes wahres Friedenswerk nach der Katastrophe gewürdigt wurde. Der Vertrag bedeutet aber nicht Einmischung in die innerparteipolitischen und sozialen Verhältnisse eines andern Landes. Was das Gerede über Geheimklauseln betrifft, so ist zu betonen, daß der Vertrag gar keine Geheimnisse und damit auch keine militärischen Geheimnisse enthält. Wer das Gegenteil behauptet, treibt böswillige Verleumdung, um dem Friedenswerk in Europa Schwierigkeiten zu machen. (Sehr richtig!) Die Bestimmungen des Vertrages sind bereits in Kraft getreten. Wir beabsichtigen aber, den ganzen Vertrag dem hohen Hause zur Diskussion und zur Genehmigung im Rahmen der Verfassung demnächst vorzulegen. Das Werk, die Verhältnisse der Ostgrenze zu regeln, wurde in Genua nicht zu Ende geführt, nicht durch unsere Schuld. Wir haben wiederholt feststellen können, daß sowohl Rußland als auch die Westmächte unsere Vermittlung, in die wir hineingewachsen sind, dankbar anerkannt haben. Wir haben eine Brücke zu schlagen versucht zwischen der östlichen und westlichen Auffassung.

Das Werk des Friedens ist in Genua nicht zum Abschluß gekommen.

Es wird fortgesetzt durch eine Tagung der Sachverständigen im Haag. Wenn gewünscht, aber nur wenn gewünscht wird, sind wir bereit, unsere Vermittlerrolle aufrichtig und ehrlich weiterzuspielen. Alle, die sehen wollten, konnten schon in Genua erkennen, daß es uns ernst ist, mit den andern Nationen uns zu verständigen. Neben der russischen Frage sind in Genua andeutungsweise auch noch andere Fragen zur Diskussion gestellt worden. Ich erinnere an die Treuga Dei (Gottesfriede), ein Gedanke groß und erhaben, wie die übrigen Gedanken, die zur Genueser Konferenz geführt haben. Eine Treuga Dei wie sie vorgeschlagen worden war, wäre für das deutsche Volk zunächst eine sehr schmerzliche Sache gewesen: Allen andern Völkern Europas den Frieden geben und das deutsche Volk fortwährend neuen Sanktionen aussetzen, das ist kein Gottesfriede. (Sehr richtig.) Die Welt war noch nicht reif für den großen Gedanken. Es kam eine Treuga Dei kleineren Formats zustande, um die Verhältnisse der Ostgrenze zunächst einige Monate wenigstens im Beharrungszustand zu lassen. Ein kleiner Schritt, aber immerhin ein Schritt zur Befriedung Europas. Eine wirkliche Befriedung ist natürlich nur zugleich mit der Lösung der Reparationsfrage möglich. Hier muß vor allen Dingen die unglückselige Politik der Termine einmal aufhören. (Lebhafte Zustimmung.) Diese Politik auf Termine bedeutet für jedes Volk den Tod. Kein Wunder, wenn immer wieder die Erregung das deutsche Volk ergreift. Man wird den Eindruck nicht los, daß die so geschaffene Spannung eine künstlich gewollte Mache gewesen ist. Wir wollen diese Spannung in den Hauptpunkten als überwunden betrachten. Jetzt handelt es sich darum, das große Ziel der Befriedung Europas mit den Verhandlungen, die zurzeit in Paris geführt werden, zu verbinden. Wie es in Genua gelungen ist, die Schwierigkeiten, die die Konferenz zum Scheitern bringen sollten, zu überwinden, so muß es auch gelingen, die Hindernisse der nächsten Monate aus dem Wege zu räumen. Dann kann erst eine Regelung gefunden werden, die für das deutsche Volk günstig ist. (Lebhafte Zustimmung.)

Die Sanktionspolitik weiterführen, hieße, Genua verneinen und den Geist der Zerstörung endgültig freigeben.

Ich fasse zusammen: Das Ergebnis von Genua war nicht allzu groß. Die Lösungen sind klein und bescheiden; doch nach der großen Katastrophe ist auch ein kleiner Schritt ein bedeutsamer Schritt. So bitten wir Sie, den Vertrag von Rapallo als einen Friedensvertrag zu würdigen, unsere persönliche Fühlungnahme mit den Staatsmännern und Politikern anderer Nationen, mit denen wir 8 Jahre nicht zusammengekommen sind, ebenfalls als einen Fortschritt würdigen zu wollen. Auch bitten wir Sie, in das Reich des Fortschritts auch den kleinen Schritt einzureihen, die östliche und die westliche Welt einander wieder verständnisvoll näher zu bringen, und unterstützen Sie unsere Politik, damit die Hoffnung wächst, daß eine Befriedung Europas und namentlich ein Friede für das deutsche Volk erzielt werden kann. (Lebhafter Beifall.)

Es folgt die

Besprechung der Regierungserklärung.

Müller-Franken (SD.): Der Reichskanzler ist nur nebenbei auf die Pariser Verhandlungen eingegangen und besprach in der Hauptsache die Konferenz von Genua. Ich habe die Absicht, diesem Beispiel zu folgen, weil unsere Debatte die Pariser Verhandlungen nicht stören soll. Der Reichstag hat die Aufgabe, zu den bereits historisch gewordenen Verhandlungen in Genua Stellung zu nehmen. Der Kanzler stellte die Frage, warum die Ergebnisse der Genueser Konferenz so mager waren. Seine Ausführungen zur Beantwortung dieser Frage stimmten vielfach mit dem überein, was wir aus dem englischen Parlament gehört haben. Dort hat der Sprecher der Arbeiterpartei darauf hingewiesen, daß die Konferenz ihre Aufgaben nicht erfüllen konnte, weil die Reparationsfrage nicht besprochen wurde. Er charakterisierte dann auch den Versailler Vertrag als einen Kriegsvertrag, von dem kein Friede kommen könne. (Zustimmung.) Ich stimme auch mit dem Sprecher der englischen Arbeiterpartei dahin überein, daß die Genueser Konferenz nur möglich war, weil Lloyd George mit Unermüdlichkeit und Ausdauer die Schwierigkeiten zu überwinden versuchte. England kann nicht leben, wenn Europa zugrunde geht. Freilich hat Lloyd George es heute schwer, die Uebel des Versailler Vertrages aus der Welt zu schaffen, da er ja selbst seiner Zeit bei der Fertigstellung dieses Vertrages mit beteiligt war. Die Verhandlungen in Genua haben gezeigt, daß es vor allem der nationale Block in Frankreich ist, der die Befriedung Europas verhindert. Wir haben ein Recht dazu, das mit besonderem Nachdruck zu betonen, weil wir nie auf irgendwelche Unstimmigkeiten in der Entente spekuliert, und weil wir Frieden haben wollen zwischen dem deutschen und französischen Volk.

Aber eben deshalb müssen wir hervorheben, daß die Gehässigkeit Barthous in Genua und noch viele andere Dinge zeigen, daß in Frankreich heute noch immer der Geist des Militarismus die Vorherrschaft hat.

Diese ewigen Provokationen stärken in Deutschland nur den Nationalismus. (Große Unruhe rechts.) Die Verhandlungsbasis für Genua war viel zu beschränkt und beengt, als daß ein fruchtbares Ergebnis in großem Ausmaß hätte erwartet werden können. Trotzdem, darin stimmen wir mit dem Kanzler überein, bedeutet schon die Fühlungnahme der verschiedenen Staatsmänner etwas Gutes. In verschiedenen Kommissionen, wie vor allem in der Wirtschaftskommission, wurde brauchbare Arbeit geleistet, und es schadet wohl nicht, wenn wir darauf hinweisen, daß es immer wieder Gedanken der Sozialdemokraten waren, zu denen sich, wenn auch oft mühsam und gequält, die Kommission da und dort bekennen mußte. Ich erinnere nur an die Notwendigkeit einer Regelung des Handelsverkehrs auf der Basis der gegenseitigen Meistbegünstigung. Diese Regelung wird von Tag zu Tag notwendiger, denn schon steht am Horizont eine neue schwere Wirtschaftskrise, und das Unheil, das Oesterreich und Rußland heimsuchte, ist für Deutschland noch keineswegs vermieden. Die ewigen Preisschwankungen erschüttern die Ruhe, die Nerven und die Gesundheit der Massen und der Wirtschaft. Wir hoffen, daß der Geist von Genua die Pariser Verhandlungen befruchtet. An uns soll es nicht fehlen. Wir sind nach wie vor bereit, zu leisten, was in unsern Kräften steht. Es wird aber auch Zeit, daß man endlich auch einmal auf der andern Seite erkennt, daß die Leistungsfähigkeit eines Volkes nur gehemmt wird, wenn ihm untragbare Lasten aufgebürdet werden.

Die Leistungsfähigkeit kann nur gesteigert werden, wenn das Volk ein Ziel vor den Augen sieht, einen Ausweg aus der Not und dem Jammer unserer Tage.

Die Leistungsfähigkeit kann nur gesteigert werden, wenn das Volk selbst einen Fonds von Vertrauen und Hoffnung auf Besserung besitzt. Ist dieser Fonds weg, kann das Ausland keinen Kredit geben, und ohne diese Kredite von außen her können in Deutschland keine Reichtümer wachsen, und kein Säbel kann sie einheimsen. An den Verhandlungen, die im Haag geführt werden sollen, ist Deutschland zunächst nicht beteiligt, weil der Rapallovertrag abgeschlossen wurde. Dieser Vertrag hat ungeheures Aufsehen und ungeheure Aufregung seinerzeit beim Abschluß hervorgerufen, allein, es ist kein Zweifel, daß das Verhalten der einladenden Mächte in Genua die Tendenz hervorrief, Deutschland und Rußland zu einem Akt der Selbsthilfe zu treiben. Man hat in Deutschland da und dort gesagt, der Rapallovertrag habe bei den Massen deshalb freudige Genugtuung ausgelöst, weil er einen Vorstoß dargestellt habe. Wir sind anderer Ansicht. Die arbeitenden Massen haben den Vertrag begrüßt, weil er endlich einmal ein wirklicher Friedensvertrag war. In diesem Vertrag steckt nichts von dem Geist von Brest-Litowsk und von Versailles. Schon 1919 hat Deutschland in wirklicher Friedensgesinnung es abgelehnt, sich an einer Blockade gegen Rußland zu beteiligen. Hätten die Mächte der Entente damals Deutschlands Vorgehen beachtet und befolgt, Europa wäre heute weiter. Hoffen wir, daß im Haag nach den von Deutschland von 1919 bis zur Stunde befolgten Methoden vorgegangen wird. Gegen den Inhalt des Vertrages von Rapallo haben wir nichts einzuwenden.

Wir betonen, daß wir kein Interesse an einem Sturz der Sowjetregierung haben, weil ein solcher Sturz nur den Heilungsprozeß in Rußland aufhalten würde.

Meine Freunde haben gewisse Bedenken gehabt über den Zeitpunkt und über die Art des Abschlusses. Es kann nicht geleugnet werden, daß führende Politiker in England, Italien und Frankreich, die im Sinne der Völkerversöhnung arbeiten, von dem Abschluß des Vertrages überrascht gewesen sind. Es mag sein, daß diese Ueberraschung auf törichte Kommentare zurückzuführen ist, die in Deutschland, besonders auf der Seite der Rechtsparteien, ab und zu nach dem Abschluß des Vertrages fabriziert wurden. Solch ein törichter Kommentar war z. B. jener aus der nationalliberalen Korrespondenz, die den Vertrag von Rapallo als das Ende der Erfüllungspolitik hinstellte. Diese Auffassung ist völlig unsinnig. Auch der Vertrag von Rapallo ist nur fruchtbar im Wege der versuchten Vertragserfüllung. Die wirtschaftlichen Aussichten des Rapallovertrages soll man nicht überschätzen. Rußland ist zu sehr zerrüttet. Der Rapallovertrag hat nichts von dem Geist der Konvention von Tauroggen und nichts von dem Geist eines York in sich. Der Rapallovertrag ist ein Friedensinstrument. Die national-bolschewistischen Gespenster bedeuten nichts, denn die deutschen Arbeiter haben nie etwas für den Nationalbolschewismus übrig gehabt.

Kein deutscher Staatsmann könnte sich halten, der hinter denn Rücken des Parlaments Geheimabkommen und gar militärische Geheimabkommen abschlösse.

Wir würden alle Kraft aufbieten, um einen solchen Staatsmann zu stürzen. Militärische Abkommen sind die Quellen des Krieges. Wir bleiben nach wie vor bei unserer Parole: Nie wieder Krieg! Aber schließlich haben es die Ententemänner in der Hand, im Rahmen ihrer Politik für Sicherung des Friedens Sorge zu tragen. Wir haben doch einen Völkerbund, einen sehr unvollkommenen zwar, aber immerhin einen Völkerbund. Wir haben die Auffassung, daß Deutschland in einen wirklichen Völkerbund hineingehen soll. Es ist bekannt, daß in Genua von dem italienischen Außenminister Schanzer in diesem Punkt verschiedene Anregungen gegeben wurden. Es wäre wünschenswert, wenn die Regierung hierüber vielleicht einige Mitteilungen machen würde. Die Ententestaatsmänner haben es, wie gesagt, in der Hand, den Völkerbund zu einem Garanten des Weltfriedens zu machen. Das müssen vor allem die englischen Staatsmänner bedenken, die für das Entstehen und Gedeihen des Völkerbundes ein großes Stück Verantwortung haben. Lloyd George hat in seiner Unterhausrede betont, England wolle mit seiner ganzen Kraft für die Aufrechterhaltung des Weltfriedens eintreten. England will den Frieden, England ist ja aus dem Weltkriege ruiniert hervorgegangen. Die deutsche Demokratie wird England im Kampf um den Weltfrieden unterstützen, vor allem werden die deutschen Arbeiter diese Friedensströmungen stark zu stützen versuchen. Die Pariser Verhandlungen geben Gelegenheit, tüchtige Vorarbeit für die Befriedung der Welt zu leisten. In Paris kann der Boden geschaffen werden, auf dem etwas Energisches für die Solidarität der Völker unternommen werden kann. Ein energischer Schritt in dieser Richtung muß getan werden, wenn nicht Europa schließlich doch an den Folgen der Kriegszeit zugrunde gehen soll. (Lebhafter Beifall bei den SD.)

Marx (Z.): Die Konferenz von Genua ist von meinen Freunden als bedeutsame Werkstätte auf dem Wege der Friedenspolitik begrüßt worden. Für Deutschland wurden immerhin bedeutungsvolle Ergebnisse erreicht. Deutschland erschien als gleichberechtigte Nation. Das ist ein Fortschritt, und wir meinen, daß dieser Fortschritt der Koalitionspolitik zu danken ist, die wir in den letzten Jahren unterstützt haben. (Zuruf rechts: Na, na!) Eine Politik nach der anderen Seite hätte diesen Erfolg nicht gezeitigt. Wir haben bis jetzt wenigstens die Einheit des Deutschen Reiches aufrechterhalten, und das verdanken wir nicht Ihrer (nach rechts) Politik, sondern der Koalitionspolitik. Der geschickten Haltung unserer Vertreter, besonders unseres Reichskanzlers und des Außenministers Dr. Rathenau, ist es zu danken, daß Deutschland trotz aller Schwierigkeiten in Genua doch die Stellung immer wieder einnehmen konnte, die ihm gebührte. Ohne befriedigende Lösung der Reparationsfrage gibt es keinen Frieden. Der anerkennenswerten Arbeit der Herren Rathenau und Stinnes auf ihren Reisen ist es zu danken, daß besonders in London über unsere Lage jetzt mehr Klarheit besteht. Mit dem Rapallo-Vertrag hat Deutschland allein ein praktisches Resultat von Genua mit nach Hause gebracht. Wäre der nicht abgeschlossen worden, dann wären einige Tage später ähnliche Verträge zwischen Rußland und anderen Staaten abgeschlossen worden.

Darauf wird die Beratung abgebrochen. Das Haus vertagt sich auf Dienstag, 11 Uhr. Weiterbesprechung der Regierungserklärung. — Schluß 4¼ Uhr.

*

Der Aeltestenrat hat am Montag die Geschäftslage für die nächsten drei Tage dahin bestimmt, daß am Montag die Aussprache über die Genueser und die Pariser Verhandlungen beginnt, und am Dienstag vormittag in einer Sondersitzung die oberschlesische Frage erledigt wird, und dann am Nachmittag die am Montag begonnene Aussprache fortgesetzt wird. Am Mittwoch soll dann noch der dänische Vertrag zur Verhandlung kommen. Am 29. Juni wird der Reichstag zum Besuche der Gewerbeschau nach München und im Anschluß daran nach Oberammergau fahren.

Der Reichsrat

behandelte am Montag den Gesetzentwurf über den Vertrag zwischen Deutschland und Dänemark, betreffend die Regelung der durch den Uebergang der Staatshoheit in Nordschleswig auf Dänemark entstandenen Frage, der sich unter anderm auf das Optionsrecht bezieht. Protokollarisch zugesichert sind erleichterte Paßvorschriften für den Grenzverkehr. Bezüglich des Verkehrs mit der Insel Sylt verpflichtet sich Deutschland, möglichst bald zum Bau eines Dammes zwischen dem deutschen Festland und der Insel. Deutschland wird sich bestreben, innerhalb dreier Jahre vom 1. Juni an den Bau zu beenden. Für diese drei Jahre wird Dänemark den zoll- und paßfreien Verkehr für Reisende und zollfreie Beförderung von Gepäck und Gütern zwischen Süder-Lügen und Sylt über Tondern und Hoyer in einem für die praktischen Bedürfnisse ausreichendem Maße sicherstellen. Dänemark ist zu

Hamburger Börse am 29. Mai.

Ausländische Gerüchte über eine günstige Entwicklung der Anleihefrage haben den Devisenmarkt entspannt. Die abflauenden Kurse führten zu einem lebhaften Handel.

Hamburger amtliche Notierungen: Holland 11 040 (am Sonnabend 11 465) — England 1254 (1311) — New York 282½ (298) — Dänemark 6170 (6410) — Frankreich 2570 (2705).

einer Verlängerung der Frist bereit, falls infolge höherer Gewalt der Damm in drei Jahren nicht fertiggestellt werden sollte. Die deutsche Eisenbahnverwaltung verpflichtet sich ihrerseits, zum 1. Juni dieses Jahres eine gute Verbindung zwischen Deutschland und Dänemark über Warnemünde und Gjedser einzurichten. Der Vertreter der Provinz Schleswig-Holstein, Tönnies, bemängelt an dem Vertrag, daß das Obtionsabkommen für Deutsche ungünstiger ist, als für Dänen, namentlich bezüglich eines Termins für die Abgabe der Erklärung, der für die Deutschen äußerst kurz bemessen ist. Auch die Neupensionäre kommen sehr ungünstig weg. Die Rechte der Minderheiten sind in dem Vertrag nach keiner Richtung gesichert. Tönnies als schleswig-holsteinischer Bevollmächtigter gab folgende Erklärung ab: **Dem Vertrag müssen wir, die Provinz Schleswig-Holstein, zustimmen, weil wir gezwungen sind, den bestehenden tatsächlichen Verhältnissen Rechnung zu tragen. Die auf Grund des Versailler Vertrages unter grober Mißachtung des in diesem Vertrage festgelegten Selbstbestimmungsrechts der Völker dem Deutschen Reiche aufgezwungene Grenze erkennt die Provinz nicht an. Wir verlangen eine entsprechende Korrektur. Hierauf wird der Vertrag angenommen.** Nächste Sitzung 1. Juni.

Volksparteiliche Reibereien.

SPD. Berlin, 29. Mai. (Drahtbericht.)

Nach den überstandenen Meinungsverschiedenheiten im Reich hat man jetzt „Gegensätze im preußischen Kabinett" entdeckt. Anlaß hierzu bot die volkspartei-offiziöse „Zeit", die im Anschluß an eine Veröffentlichung aus Ostpreußen feststellt, daß der Erlaß gegen die Beteiligung der Behörden an sogenannten Hindenburgfeiern in Abwesenheit der beiden preußischen volksparteilichen Minister Dr. Richter und Dr. Bölitz gefaßt wurde und diese nach dem Bekanntwerden des Erlasses sofort Einspruch dagegen erhoben haben.

Es trifft zu, daß diese beiden Minister nicht anwesend waren, doch heißt das keinesfalls, daß bei ihrer Anwesenheit der Beschluß nicht gefaßt worden wäre. Für die Krankheit des Herrn Bölitz ist das Staatsministerium nicht verantwortlich, und auch für die Abwesenheit des Herrn v. Richter, der während der betreffenden Kabinettssitzung sich zu einer Ausschußsitzung begab, kann das Staatsministerium nicht verantwortlich gemacht werden. Daß Dr. Bölitz und Dr. v. Richter oder gar die Fraktion der Deutschen Volkspartei gegen den Erlaß Einspruch erhoben haben, ist frei erfunden. Der Erlaß besteht nach wie vor, wie sich überhaupt das Staatsministerium nach seiner Beschlußfassung nicht mit der Angelegenheit beschäftigt hat.

Eine würdige Gesellschaft.

Die „Freiheit" erhält folgende Zuschrift:

„Die Delegation der Kommunistischen Internationale zur Neunerkommission hat in ihrem offiziellen Bericht einen Brief zitiert, den ich nach der Berliner Konferenz unserem Zentralkomitee in Moskau geschrieben hatte. Auf die Frage des Genossen Adler, woher die Bolschewisten diesen Brief haben, erklärte Radek mit der ihn kennzeichnenden Unverfrorenheit, sie hätten ihn auf die gleiche Weise bekommen, wie seinerzeit die „Freiheit" den von Radek an Paul Levi, eine Behauptung Radeks, die den Anschein erwecken sollte, als ob die Bolschewisten einen nur für den engeren Kreis unserer Genossen bestimmten Bericht durch die Indiskretion eines unserer Mitglieder erhalten hätten. Das ist eine freche Lüge. Die bolschewistische Regierung hat in Wirklichkeit ihn durch rohe Polizeigewalt an sich gebracht, indem sie ihn während einer Haussuchung einem unserer Genossen abgenommen hatte.

Sachlich haben wir gar keinen Grund, zu bedauern, daß dieser Bericht den Spitzeln der Tscheka in die Hände gefallen ist, was darin steht, haben wir seitdem mehrmals in Zeitungsartikeln womöglich noch deutlicher gesagt. Wir bedauern nur lebhaft, daß die „Rote Fahne" nicht auch jene Stellen des Berichts gebracht hat, in denen die Rolle der Dritten Internationale, und speziell Radeks, in der Sache der Einheitsfront geschildert und erörtert wurde.

Wir möchten hier bloß das Verhalten der Vertreter der Dritten Internationale, der Zetkin, Heckert, niedriger hängen, die in ihrem Kampf gegen andersdenkende Sozialisten, mit denen sie zusammen in der Neunerkommission saßen, nicht davor zurückschreckten, sich für ihre offiziellen Dokumente in Ermangelung geistiger Waffen Argumente und Beweismaterial durch russische Geheimpolizisten aus den Taschen der russischen Sozialdemokraten stehlen zu lassen. R. Abramowitsch.

Tages-Bericht.

Hamburg.

Die Maifeier der Rechten.

Der Wochenrückblickler der „Hamburger Nachrichten" ist wieder einmal auf die Flaggenfrage zu sprechen gekommen. Wie er glaubhafterweise versichert, verspüren die Monarchisten das unabweisbare Bedürfnis, „dankbar und stolz der alten Farben zu gedenken und ihre Feste damit zu schmücken" . . . Nicht am ersten, sondern am letzten Mai werden wir eine solche Feier erleben: die Maifeier der Rechten, die Feier des deutschen Seesieges vom Skagerrak".

Ohne weiteres ist es natürlich auch dem vielgewandten Mann vom Speersort nicht möglich, so auf Befehl der schwarz-weiß-roten Parteileitung zu huppen; er braucht dazu immerhin ein Sprungbrett. Als Sprungbrett benutzt er also den Artikel des Genossen Leuteritz zur Flaggenfrage. Mit der Wiedergabe von Zuschriften, aus denen hervorgeht, daß die Republikaner zur Selbsthilfe greifen werden, wenn der Staat den republikanischen Farben keine Achtung verschaffe, lasse die Sozialdemokratie — so schlußfolgert der Rückblickler — „durch ihren Vorsitzenden verkündigen, daß sie sich um das Gesetz nicht scheren wird". Der Mann besitzt eine köstliche Naivität oder aber — und das ist wahrscheinlicher — die Hitze der vergangenen Woche hat verheerend auf ihn eingewirkt.

Nun noch ein Wort zu dieser Maifeier der Rechten, die „dankbar und stolz" mit den alten Farben drapiert werden soll. Die Sache ist nicht übel. Warum sollen sich die Monarchisten nicht mit den kaiserlichen Farben schmücken? Von uns aus können sie in schwarz-weiß-roten Unterhosen erscheinen. Sie sollen nur unter sich bleiben. Sie sollen nur ihre Propaganda — wie bei dem Empfang der plattdeutschen Amerikaner — nicht auf die Straße tragen. Sie sollen nicht — wie es so häufig geschieht — dem Auslande gegenüber die Republik und ihre Farben verächtlich zu machen suchen. Sie sollen nicht immer und immer wieder die Gegensätze aufwühlen durch ihre herausfordernden Ankündigungen von monarchistischen Festen.

Glauben diese Leute, die ihre Parteiinteressen höher stellen als die Interessen des Vaterlandes, daß der republikanisch gesinnte Teil der Bevölkerung auf die Dauer ihrem Treiben untätig zusehen wird? Nein, eine Grenze muß gesteckt werden, und wenn die Herrschaften es gar zu toll treiben, dann wird es sich zeigen, daß die Republikaner auf dem Posten sind; nicht nur am ersten, sondern auch am letzten Mai!

Der „kaiserliche" Amtsschimmel.

Wir lesen im „Fremdenblatt":

Heraus aus der Defizitwirtschaft!
Um einen Papierpfennig.

Für die am 20. Mai eingelieferte Giro-Zahlkarte Nr. 34 761 über 20 000 ℳ beträgt die Zahlkartengebühr 6 ₰, verrechnet sind 5 ₰, mithin zu wenig 1 ₰, die hiermit nacherhoben werden.
Kaiserliches (!) Postscheckamt.

Der Empfänger obiger Mitteilung schreibt uns dazu:

„Ich behändige Ihnen beiliegend einen Briefumschlag (Postbrief), Inhalt: Eine Karte mit dem Auftrag „nacherhobener Zahlkartengebühr". Das Postscheckamt hat sich geirrt und hat anstatt 6 ₰ abzuziehen, nur 5 ₰ verrechnet, mithin 1 ₰ (Papierpfennig, nicht Goldpfennig) zu wenig erhoben.

Da die Post noch immer mit Defizit arbeitet, muß dieser Pfennig selbstverständlich eingetrieben werden. Es macht nichts, daß 1. ein Beamter mit der Schreiberei beschäftigt wird, 2. eine Postkarte verbraucht wird, 3. diese Postkarte in einen Briefumschlag gesteckt wird, und daß 4. der Empfänger, nämlich ich, für das ganze Objekt, ausweislich des Briefumschlages, 1 ℳ Porto zu zahlen hat. Wenn alle Behörden so handeln, dann werden wir sicher niemals erleben, daß einer der Staatsbetriebe wieder mit Gewinn arbeitet."

Wir sind genau der gleichen Meinung!

Wir auch! Wir glauben, daß endlich aus den Amtsstuben der „kaiserliche" bureaukratische Geist verschwinden und dafür der gesunde Menschenverstand einziehen muß!

Letzte Wagen der Straßenbahnlinie 2, Richtung Lokstedt-Schnelsen. Vom 30. Mai ab verkehrt der letzte Wagen der Linie 2 ab Rathausmarkt nach Schnelsen 11,15 Uhr, nach Niendorf 11,35 Uhr, nach Lokstedt 11,55 Uhr.

Die Gefahren des Badens. In der Elbe ertrank beim Baden der 14jährige Hans Kock aus der Wielandstraße 16. Die Leiche konnte noch nicht geborgen werden. — Täglich laufen jetzt Meldungen ein, daß beim Baden jemand ertrunken ist. Es ist gewiß schätzenswert und nur zu begrüßen, wenn junge Leute, und um die handelt es sich zumeist, sich dem Schwimmsport auch in andern Gewässern als denen einer Badeanstalt hingeben. Wie überall, so schadet hier aber auch jenes Streben nach falschem Heldentum, daß man erst dann ein „Kerl" ist, wenn man sich möglichst weit vom Ufer entfernt oder absolut den jenseitigen Strand des Stromes erreicht hat. Um so mehr schadet dies Bestrebtsein, als bei seiner Erfüllung der Betreffende oftmals die Grenzen seiner Leistungsfähigkeit aus den Augen verliert und sich gewaltig überschätzt. Dabei ist selbst ein langjähriger, geübter Dauerschwimmer nicht sicher vor Gefahren in Gewässern, wie etwa die Elbe mit ihrem starken Strom, oder Seen, deren Tiefenverhältnisse sehr unregelmäßig sind. Erinnert sei an den Krupunder hinter Eidelstedt, der schon manches Opfer forderte. Zu dem oben bezeichneten Kraftmeiertum trägt nicht wenig die Hänselei von Kameraden bei, deren „Erfolg" auch schon des öfteren ein frühzeitig erloschenes Menschenleben war. Diese wenigen Zeilen mögen dazu beitragen, daß jeder Freund des Schwimmens sich prüfe, wie weit seine Grenzen ihm zu gehen erlauben. Sicher werden die für die kurze Badezeit dieses Jahres schon erschreckend hohen Unfallziffern auf ein geringeres Maß zurückgeschraubt.

Vom Wagen geschleudert wurde der Kutscher Michael Bandmann, der im Eppendorfer Krankenhaus mit Abladen beschäftigt war. Als das Pferd plötzlich anzog, fiel B. vom Wagen und trug erhebliche Verletzungen davon, deretwegen er Aufnahme im Krankenhause fand.

Unfälle. An der Bürgerweide fuhr ein mit vier Personen besetztes Auto in eine Aufgrabung. Der Wagen wurde ziemlich stark beschädigt, während von den Insassen nur einer unerhebliche Verletzungen davon. — Am Pinnebergerweg wurde eine Frau, die mit einem Kinderwagen den Fahrdamm überquerte und beim Herannahen eines Autos die Ueberlegung verlor, von diesem angefahren. Das im Wagen befindliche Kind trug leichtere Verletzungen davon, der Wagen wurde stark mitgenommen. — Beim Tiefenstaken stürzte die fünfjährige Gertrud Reimer von dem dort fahrenden Karussell, wodurch sie sich nicht wenig verletzte. Das Kind wurde in die nahe elterliche Wohnung geschafft.

Von der Preßmaschine erfaßt wurde in der Metallwarenfabrik von Kieser die am Eschenstieg 7 wohnende Ida Staak. Ihr wurden von der linken Hand 2 Finger abgequetscht. Nach Anlegung eines Notverbandes kam die Verunglückte in ihre Wohnung.

Hafen und Schiffahrt.

Risiko der Arbeit. Ueber den Unfall des Arbeiters W. Hinrichsen, der in der Nacht auf Sonntag beim Schuppen 72 von der Kaimauer ins Wasser stürzte, wird uns noch mitgeteilt, daß H. zwischen Schiff und Kaimauer zu liegen kam, aber, da jegliches Rettungsmaterial fehlte und auch kein Licht vorhanden war, erst nach längerer Pause von einem Arbeitskollegen gerettet werden konnte. Die Empörung der Arbeiterschaft war allgemein, daß Arbeiterleben in Todesgefahr geraten, nur weil die Rettungsmöglichkeiten nicht gegeben sind, für die auf jeden Fall Vorsorge getroffen werden muß.

Altona und Umgegend.

Der Mord in der Großen Marienstraße.

Bei einer abermaligen Vernehmung des wegen Zuhälterei in Untersuchungshaft befindlichen Rommerskirchen hat dieser ein volles Geständnis abgelegt. R. gab an, er habe am Mittwoch vor Ostern in einer Wirtschaft, Ecke Reeperbahn und Lincolnstraße, eine Frau Namens Liese Knapp kennen gelernt. Beide haben für etwa 100 ℳ Grog getrunken und sind dann zusammen noch seiner Wohnung gegangen und haben sich zum Schlafen niedergelegt. Er sei dann aufgewacht und will bemerkt haben, daß die Frau die Wohnung verlassen wollte. Weiter stellte er das Fehlen seiner Brieftasche fest. Aus Wut darüber hat R. dann die Frau erwürgt. Er hat sie dann in die Stube geworfen und sich wieder ins Bett gelegt. Als er wieder erwachte, habe er der Frau die Kehle durchgeschnitten. Die Brieftasche habe sie bei sich gehabt. R. will die Tat in völliger Trunkenheit begangen haben. Dann hat er die Papiere, einen Gewerbeschein aus Altona und ein Kontrollbuch der Hamburger Polizei, verbrannt. Am nächsten Tage hat er mit einem Beil und Messer die Leiche zerstückelt, er hatte vor, die Leichenteile zu verbrennen. Die Verbrennung verbreitete aber einen so üblen Geruch, daß die Hausbewohner sich beschwerten. Er hat dann erklärt: er habe Leder verbrannt. R. will während dieser Zeit stets betrunken gewesen sein und die Absicht gehabt haben sich zu erhängen. Der Strick hierzu wurde an der Innenseite der Tür gefunden. Durch die Festnahme des R. wegen Zuhälterei, ist er verhindert worden die Leichenteile zu beseitigen. R. zeigte bei seiner Vernehmung keinerlei Reue. In der Wohnung wurden verschiedene Kleidungsstücke gefunden, die der Frau gehörten. Ueber die Person selbst konnte noch nichts weiteres ermittelt werden.

Zur Betriebsratswahl auf den Bahrenfelder Margarinewerken A. L. Mohr und Holstein-Oelwerke. Da gegen die im März erfolgte Wahl des Betriebsrats wegen angeblicher Verstöße gegen das Betriebsrätegesetz und die Wahlordnung vom Arbeitgeber Protest erhoben wurde, hat der Gewerbeinspektor in Altona die Wahl für ungültig erklärt. Am Dienstag und Mittwoch, 30. und 31. Mai, in der Zeit von 6 Uhr morgens bis 6 Uhr abends, findet nun die Neuwahl des Betriebsrates statt. Es liegt im eigensten Interesse der Arbeiter der obengenannten Werke, daß endlich auch in dem Betrieb der Firma A. L. Mohr ein Arbeiterrat entsteht, der, unbekümmert um alles politische Geschrei und sonstige Sonderbestrebungen, sich strikte auf den Boden der von der freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale aufgestellten Richtlinien und Grundsätze stellt. Wer das will, wählt die Liste I. — Alle auf Urlaub befindlichen und alle kranken Kollegen und Kolleginnen, denen es nur irgend möglich ist, müssen an einem dieser Tage zur Wahl kommen und ihre Stimme der Liste I geben.

Beim Baden ertrunken. Der Lehrling Pries aus der Lohmühlenstraße 89 war nach Finkenwärder zum Baden gegangen. Dort ist er dann plötzlich in die Elbe versunken und nicht wieder zum Vorschein gekommen. Die Leiche konnte bisher nicht geborgen werden.

Harburg und Wilhelmsburg.

w. **Die Rentenempfänger des Bezirks Reiherstieg** werden darauf aufmerksam gemacht, daß die Quittungsformulare rechtzeitig, das heißt bis spätestens Mittwoch, den 30. Mai, mittags 12 Uhr, dem Bezirksvorsteher zur Beglaubigung einzureichen sind. Später eingereichte Formulare können nicht mehr erledigt werden. Die Rückgabe der Formulare beginnt am Donnerstag, 1. Juni, vormittags 8 Uhr.

Das Ende des Kampfes in der Metallindustrie.

Nach Baden und Bayern bekommt jetzt auch Württemberg seinen Frieden in der Metallindustrie. Kein Siegfrieden, sondern ein Verständigungsfrieden, ein Kompromiß. Die Unternehmer freilich haben ihrerseits mit einem Sieg auf der ganzen Linie gerechnet. Die außerordentliche Hartnäckigkeit aber, mit der die Arbeiter 10 Wochen, in manchen Fällen noch darüber, auf ihrem Posten unter den schwersten wirtschaftlichen Verhältnissen, unter Teuerung und Geldentwertung bei einer vollkommen unzureichenden Unterstützung ausgeharrt haben, hat ihnen einen dicken Strich durch die Rechnung gemacht.

Die Kommissionsverhandlungen, deren Abschluß am 24. Mai nachts 11½ Uhr erfolgt ist, haben „Vorschläge zu einer Vereinbarung zur Beilegung der Differenzen in der württembergischen Metallindustrie" mit etwa folgendem Inhalt gezeitigt:

„Die Arbeit wird am Montag, 29. Mai, wieder aufgenommen. Maßregelungen wegen Teilnahme am Streik und der Aussperrung finden nicht statt. Für die Frage der Urlaubsberechnung gilt die Arbeitsruhe nicht als Unterbrechung des Arbeitsverhältnisses. Die Auszahlung der Teuerungszulagen vom 16. Februar und 6. März erfolgt innerhalb der ersten acht Tage.

Vorläufig gilt die bisherige Arbeitszeit (die 46-Stundenwoche). Wenn die Betriebsleitung die Notwendigkeit für gegeben erachtet, ist nach vorheriger Verständigung des Arbeiterrats die Arbeitszeit so weit zu verlängern, daß auch die 48. Wochenstunde gearbeitet wird, wobei für letztere ein Zuschlag für eine Stunde in der Höhe zu bezahlen ist, wie er für Ueberstunden tariflich vereinbart ist.

Für Arbeiter von 25 Jahren und darüber, soweit sie als gelernte Arbeiter anzusehen sind, beträgt der Einstellohn 21 ℳ pro Stunde, der Mindeststundenlohn 22,05 ℳ, die Akkordbasis 23,10 ℳ und für die höchste Gruppe 24,15 ℳ. Für alle Orte außerhalb des Stadtdirektionsbezirks Stuttgart ermäßigt sich die Entlohnung um den prozentualen Ortsabstrich, für die Industriegruppen 2 und 3 tritt in jeder Berufsgruppe eine weitere Ermäßigung um 10 % die Stunde ein. Die Lohnsätze der Arbeiter im Alter von 22 bis 24 Jahren bewegen sich in der Höhe von 19,50 ℳ bis 22,43 ℳ, die der 20- bis 21jährigen von 18 ℳ bis 20,70 ℳ, der 18- bis 19jährigen von 16 ℳ bis 18,40 ℳ und der Arbeiter unter 18 Jahren von 14 ℳ bis 16,10 ℳ. Die angelernten Arbeiter erhalten je nach Alter und Art der Beschäftigung Sätze in Höhe von 15 bis 22 ℳ, die Hilfsarbeiter, die schon mit 14 Jahren anfangen können, 7 ℳ bis 21,45 ℳ, die Arbeiterinnen erhalten 6 ℳ bis 13,75 ℳ pro Stunde. Während die Regelung der Lehrlingsentlohnung außerhalb Stuttgarts und Feuerbachs Sondervereinbarungen vorbehalten bleiben, erhalten die Lehrlinge in diesen beiden Orten Mindestentschädigungen, steigend von 1,20 ℳ pro Stunde im ersten bis zu 4,50 ℳ im achten Halbjahr. Für die Former- und Kesselschmiedlehrlinge enthält die entsprechende Regelung Sätze von 1,70 bis 5,50 ℳ.

Die Akkordbasis liegt 10 % über dem Einstellohn. Vorübergehend im Lohn beschäftigte Akkordarbeiter erhalten Zuschläge von 10 %, Facharbeiter, die auf Grund der Eigenart ihrer Beschäftigung nur im Lohn arbeiten können, mindestens 15 % über ihren Einstellohn.

An Zulagen erhalten Hilfsarbeiter und Tagelöhner in den Eisengießereien 50 ₰, Hilfsarbeiter in Metallgießereien mindestens 50 ₰, Gußputzer 70 ₰ pro Stunde, Heizer mit mindestens zweijähriger Beschäftigung bekommen 60 ₰. Alle bisherigen Teuerungszulagen kommen in Fortfall mit Ausnahme einer Zulage von 80 ₰ für die Arbeitsstunde für alle verheirateten Arbeiter, von 50 ₰ für Witwen mit eigenem Haushalt und verheiratete Arbeiterinnen, deren Mann weder erwerbsfähig noch erwerbstätig ist.

Der Erholungsurlaub beträgt nach einer ununterbrochenen Beschäftigungsdauer von 1 Jahr 3 Werktage, steigend bis auf 10 Werktage bei einer Beschäftigung von 8 Jahren oder mehr. Eine Entlassung vor Inanspruchnahme des Urlaubs führt zur Abgeltung der Urlaubstage an den Arbeiter."

Diese Vorschläge, deren Annahme inzwischen erfolgt ist, zeigen deutlich die Unrichtigkeit der von Arbeitgeberseite aufgestellten Behauptung, daß der „nur die Halsstarrigkeit der Arbeiter in der Arbeitszeitfrage" diesen Riesenkampf entfesselt haben soll. In Wahrheit ging es ebenso gut um Lohnsätze und Urlaubszeit. Wenn das Erreichte auch nicht in jeder Beziehung zufriedenstellend ist, im besonderen auch in manchen Landesteilen Süddeutschlands mehr durchgedrückt wurde, z. B. in Baden bei den Lohnsätzen und in Bayern beim Urlaub, so beweist doch die volle Aufrechterhaltung der Urlaubsrechte, die von den Unternehmern gern abgebaut worden wären, und die Erhöhung der Löhne, die vor dem Streik 7,80 ℳ bis 10,80 ℳ pro Stunde betrugen, um 100 und mehr Prozent die Notwendigkeit und den Erfolg des unter so schweren Opfern durchgeführten Kampfes. Die Unternehmerschaft hat hier bewiesen, daß ihr trotz aller Klagen von der dringend nötigen Erhöhung der Produktion nicht so viel an einer solchen liegt. Wichtiger erschien ihr das Niederringen der Arbeiterschaft. Dadurch, daß sie etwa 50 000 württembergische Metallarbeiter durchschnittlich 10 Wochen von der Arbeitsstätte fernhielt, hat sie unendlich viel mehr Zeit und Arbeit vergeudet, als ihr die der Erhöhung der Arbeitswoche von 45 auf 48 Stunden einbringen kann. Sind doch in der württembergischen Metallindustrie allein die Ergebnisse von rund 25 Millionen Arbeitsstunden durch die Halsstarrigkeit der Arbeitgeber verpulvert worden. Um diesen Ausfall einzuholen, brauchte es bei einer Erhöhung der wöchentlichen Arbeitszeit um 2 Stunden und bei 50 000 in Frage kommenden Metallarbeitern annähernd 5 Jahre. So sieht der Nutzen der achtundvierzigstündigen Arbeitswoche in Württemberg in Wirklichkeit aus! Wie verbissen die Unternehmer an dem reinen Machtstandpunkt sich festklammerten, geht auch daraus hervor, daß sie mehrere aussichtsreiche Vergleichsvorschläge glatt sabotierten. So fanden unter dem Vorsitz des Reichsarbeitsministers Dr. Brauns am 12. und 13. April in Heidelberg Verhandlungen zur Beilegung der gesamten Differenzen in der süddeutschen Metallindustrie statt. Die Regierungsvertreter regten einen Vergleich auf der Basis an, daß die regelmäßige Wochenarbeitszeit 47 Stunden betragen, die Arbeiterschaft sich aber bereit erklären solle, im Bedarfsfalle eine weitere Arbeitsstunde als Ueberstunde zu leisten. Die Vertreter der Gewerkschaften stellten sich rückhaltlos auf den Boden der Regierungsvorschläge, akzeptierten auch die 48. Arbeitsstunde als Ueberstunde. Die Unternehmer aber begnügten sich mit dieser, sachlich ihren Wünschen restlos stattgebenden Regelung nicht und erklärten, „unter keinen Umständen ohne die Festlegung der achtundvierzigstündigen Wochenarbeitszeit nach Hause gehen" zu wollen. Es kam ihnen also lediglich auf eine brutale Siegergeste an. Die 6 Wochen Produktionsausfall scheint diesen wackeren Nationalen weder volkswirtschaftlich noch politisch Bedenken gemacht zu haben. Auch läßt ein solcher Standpunkt darauf schließen, daß die Metallindustrie doch nicht mit den Schwierigkeiten zu kämpfen hat, wie die Unternehmerschaft der Oeffentlichkeit gegenüber zu behaupten pflegten.

Der Kampf ist auf beiden Seiten mit äußerster Erbitterung geführt worden. Die gesamte bürgerliche Oeffentlichkeit stand geschlossen gegen die Metallarbeiter. Trotzdem die christlichen und die Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften Schulter an Schulter mit den freien Gewerkschaften kämpften, entblödeten sich die politischen und parlamentarischen Vertreter der Demokratie und des Zentrums nicht, gegen ihre kämpfenden Parteifreunde aus dem Arbeiterstand in der Oeffentlichkeit Stellung zu nehmen. Die Rechtspresse und das Spießbürgertum überhaupt schrie wild nach der Polizei, besonders als Reibereien zwischen sogenannten Arbeitswilligen und Streikposten beim Daimlerwerk in Untertürkheim ihnen eine passende Gelegenheit dazu zu bieten schienen. An der Besonnenheit und Zurückhaltung der Arbeiter sind diese Machenschaften gescheitert. Die gleiche anerkennenswerte Haltung zeigten die Arbeiter auch den kommunistischen Hetzereien gegenüber. Die Herren von der KPD., die auf die Streikführung schon darum einen gewissen Einfluß hatten, weil einige der größten Ortsgruppen des Deutschen Metallarbeiterverbandes (Stuttgart, Eßlingen) in ihrer Hand sind, benahmen sich wieder skandalös. Mitten im Kampf hetzten sie gegen die Bezirksleitung, die die Verantwortung für den Ausgang des Ringens zu tragen hatte, und den Hauptvorstand. Ihre Versuche, den Wirtschaftskampf in ein parteipolitisches Fahrwasser zu drängen, um damit ihren unaufhaltsamen Bankrott aufzuhalten, hatten aber keine Aussicht auf Erfolg. Vergeblich war ihr Geschrei nach einer „Verbreiterung der Kampffront". Die württembergische Arbeiterschaft lehnte diese sinnlosen, zur Katastrophe führenden Hetzereien einmütig ab. Mit welch unglaublichen Mitteln aber die Unternehmer diesen Kampf führten, geht am besten aus ihrem Verhalten gegen die Schwerbeschädigten hervor. Trotzdem diese durch besondere Abmachungen gesichert waren, wurden sie zuerst von der Firma Robert Bosch und dann auch von der Daimler-Gesellschaft auf das Pflaster geschmissen. Ein Prokurist der letztgenanten Firma, ein Major a. D., manifestierte seine kameradschaftliche Hilfsbereitschaft noch besonders dadurch, daß er ihnen zynisch lächelnd erklärte, sie sollten sich wegen des Lohnausfalls an die Entente wenden, vielleicht daß sie ihn dort in Frankenwährung ersetzt erhielten. Die Politik der Unternehmer ging auf das rücksichtsloseste Aushungern der Streikenden aus. So tobten ihre politischen Kommis im Landtag in den Tönen höchster sittlicher Entrüstung darüber, daß manche Gemeinden die Kinder der Streikenden mit Milch und Brot versorgten. Die nobelste Gesinnung zeigten ohne Zweifel die Arbeitgeber des Textilgewerbes, die ein Rundschreiben in Vorbereitung hatten, nach dem Familienangehörige von Streikenden auch aus den Textilbetrieben entfernt werden müßten, damit der Streikbewegung um so schneller das Rückgrat gebrochen werden könne.

Die württembergischen Metallarbeiter wissen, wofür sie diesen Kampf geführt haben. So schwer die von ihnen gebrachten Opfer auch waren, um eine ernstliche Bedrohung des Achtstundentages abzuwehren, würden sie noch unendlich mehr auf sich nehmen.

sch.

Sprechsaal.

Die Selbstverwaltung der Berufsschulen. Mit Interesse hat die Studierendenschaft der Technischen Staatslehranstalten die Entwicklung des Berufsschulgesetzes verfolgt. Hat sie schon seinerzeit gegen die Annahme des Senatsentwurfes Verwahrung eingelegt, so muß sie es jetzt, da der Entwurf des Bügerschaftsausschusses zur Beratung gelangen soll, gegen diesen in verschärftem Maße tun. Die Gewerbe- und Fortbildungsschulen haben die Selbstverwaltung bekommen, während die höheren Schulen des Berufsschulwesens nach wie vor die direktorielle Verfassung behalten sollen. Es wäre sicher interessant zu erfahren, welche salomonische Entscheidung den Ausschuß dazu bewogen hat, sich über das Selbstbestimmungsrecht der Interessenten hinwegzusetzen; denn keineswegs kann es ihnen verborgen geblieben sein, daß dieses Gesetz der Studierendenschaft, wie nicht zuletzt auch der Lehrerschaft der höheren Schulen, nur aufgezwungen werden soll. Oder gilt das Selbstbestimmungsrecht bei einer verhältnismäßig kleinen Gruppe nicht mehr?

Wohl ist es zu verstehen, daß es Gegner des Selbstverwaltungsprinzips gibt. Denen sollte man aber nicht drei Schulen opfern und diesen eine Verfassung geben, die direkt im Gegensatz zu allen übrigen Schulen, von der Grundschule bis zur Universität, steht. Was seit Jahrhunderten bei der Universität, seit Jahrzehnten bei den Technischen Hochschulen und seit einiger Zeit auch bei den Grundschulen eingeführt ist, sollten doch auch wohl die höheren Schulen des Berufsschulwesens für sich in Anspruch nehmen können. In zwölfter Stunde verlangt daher die Studierendenschaft für sich und überhaupt für ihre Anstalt dasselbe Recht, das den übrigen Schulen zugebilligt ist.

Studierenden-Ausschuß der Techn. Staatslehranstalten, Hamburg. J. A.: C. Holtorp.

Parteigenossen, werbt unverdrossen für euer Blatt!

Letzte Nachrichten.

Einheitsfront gegen Hochverräter.

WTB. **Frankfurt a. M.**, 29. Mai. Die heute hier versammelten Vertreter der unterzeichneten Parteien Nassaus erklären einstimmig gegenüber der auch in der letzten Zeit in Nassau stark betriebenen Propagandatätigkeit von Sonderbündlern, die Smeets, Dorten und Genossen und der dadurch hervorgerufenen Beunruhigung der Bevölkerung, daß sie um keinen Preis, selbst nicht um den der Zurückziehung der Besatzungstruppen oder der Verminderung der Kriegslasten gesonnen sind, ihre Treue zum deutschen Reich und Preußen zu verkaufen. Sie sind fest entschlossen, jeden Versuch einer hochverräterischen Aenderung der staatsrechtlichen Verhältnisse mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln auf das entschiedenste entgegenzutreten und für alle Zeit mit dem deutschen Reiche verbunden zu bleiben. Sozialdemokratische Partei Deutschlands (Hessen-Nassau), Nassauische Zentrumspartei, Deutsche Volkspartei, Deutschnationale Volkspartei, Deutsch-Demokratische Partei, Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (Bezirksverband Hessen-Nassau).

Amtliche telegraphische Schiffsmeldungen.

Montag, 29 Mai, 5 Uhr nachmittags.
Cuxhaven meldet: Angekommen:
29 Mai.

Zeit:	Schiff:	Von:	Zeit:	Schiff:	Von:
V.10,15	D. Hera	—	V.10,50	Scht. Ruhr	—
10,20	D. Neptun	Norwegen	10,55	SD. Vulkan	Bremen
10,25	D. Vega	—	„	Scht. Nr. 83, 105 u. 141	do.
„	D. Ilmar	London	11,—	D. St. Anthony	—
10,35	D. Activa	do.	11,25	SD. Merkur	Bremen
10,40	D. Desdemona	Antwerpen	„	Scht. Nr 73, 75 u. 77	do.
10,45	FD. Augustenburg	o. Nordsee	N 1,05	SD. Crete Boom	England
10,50	FD. Dithmarschen	do.	„	Scht. Crete Dyke	do.
„	SD. Simion	—	3,20	D. Abisko	—
„	Scht. Vereinsblatt	—	3,50	D. Hansa	Antwerpen

Eingekommen: 11,15 Uhr Saugbagger Helgoland; 11,30 Uhr FD. Volksdorf. 2,30 Uhr FD. Billwärder.

Wind: WNW., leicht. — **Wetter:** heiter. — **Barometer:** 769,0. — **Thermometer:** + 16,0° C.

Holtenau meldet: In den Kanal eingelaufen:
26. Mai.

Zeit:	Schiff:	Von:	Zeit:	Schiff:	Von:
V. 7,30	D. Werner Kunstmann	Stettin	V.11,10	d. Sgl. Maria	Horsens
8,50	D. Jacoba	Gothenburg	„	d. Sgl. Albatros	Kappeln
10,35	D. West Hembrie	Stettin	11,30	d. Sgl. Persia	Sonderburg
11,10	d. Segl. Bertha	Frederikshavn	„	d Sgl Paradies	Hesnaes
			„	d. Sgl. Marie	Nystadt

Ueberseeische Schiffsmeldungen.

Hamburg-Amerika Linie.

D. **Hansa** am 27. Mai Bishop Rock passiert. — D **Resolute** am 27. Mai in New York angekommen. — **Niederwald** am 26. Mai in Santos angekommen. — **Rugia** am 27. ab Santos Ausreise. — D. **Emden** am 28. Mai in Hamburg. — D. **Alesia** am 27. Mai in Petersburg.

Andere Linien.

D. **Cavalla**, ausgehend, am 26. 5. von Jaffa nach Haifa. — D. **Abessinia**, ausgehend, am 24. 5. von Oran nach Bona. — D **Vosbergen**, ausgehend, am 25. 5. in Messina. — D. **Nordsee** rückkehrend, am 22. 5. in Piräus. — D. **Hilde**, rückkehrend, am 24. 5. in Cephalonia. — D. **Arabia**, rückkehrend, am 26. 5. Quessant passiert. — S **Prinkipo**, rückkehrend, am 24 5 von Goole nach Hamburg. — D. **Otranto**, ausgehend, am 23. 5. von Korfu nach Fiume. — D. **Usaramo**, ausgehend, am 26 5. in Kapstadt — D. **Ussukuma**, ausgehend, am 27. 5. in Rotterdam. — D **Muansa**, heimkehrend, am 26. 5. ab East London. — D. **Kurt Woermann**, heimkehrend, am 26 5. ab Dakar. — D **Este**, ausgehend, am 26. 5. Quessant passiert. — D. **Winfried**, ausgehend, am 23. 5. in Monrovia. — D **Danzig**, ausgehend, am 27. 5. von Bahia. — D. **Else Hugo Stinnes 15** am 27. 5. in Bremen. — D. **Hagen**, ausgehend, am 26. 5. ab Suez. — D. **Hanau**, heimkehrend, am 25. 5. ab Batavia. — D. **Hadames**, ausgehend, am 26 5. Ushant passiert. — D. **Aida** am 20. 5. von Callao nach Supé. — D. **Targis** am 22 5. in Champerico. — D. **Annix Hölken** am 25. 5. von Glasgow. — D. **Margarete Schröder** am 26. 5. von Leith. — D. **Hedwig Fischer** am 25. 5 von Newcastle. — D. **Rosemarie Hölken** am 24 5. von Lübeck. — D. **Jacob Schröder** am 25. 5. von Archangelsk. — D. **Walter Hölken** am 26. 5. in Harburg. — D. **Ella** am 23. 5 in Bilbao. — D. **Hochland** am 26. 5. ab Lissabon. — D. **Mont Blanc** am 24. 5. ab Porto. — D. **Mosel** am 21 5 an Malaga. — D. **Artus** am 25. 5. von Bahia, heimkehrend. — D. **Adriatic** am 21. 5. in New York.

Geschäftliche Mitteilungen.

Die Milchteuerung ist für viele schon unerträglich geworden. Wohin die Preise weiter treiben, ist nicht abzusehen. Dazu verteuert sich die Milch gerade während des Sommers noch besonders, weil sie oft gerinnt und ungenießbar wird. Hier kann sich die Hausfrau helfen, wenn sie für ihren Säugling, für größere Kinder, für Schwache, Blutarme, Kranke und Genesende aus Poraths Kinder- und Krankennahrung eine Suppe bereitet, die nur etwa 2½ ℳ das Liter kostet. „Porath" — die ideale Kraftnahrung für Gesunde und Kranke — ist in fast allen Apotheken und Drogerien zum Preise von 22 ℳ für eine große Originaldose zu haben und von ärztlichen Autoritäten empfohlen.

Hierdurch die traurige Mitteilung, daß mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwiegervater u. Großvater, der Arbeiter

Johann Rath

im 77. Lebensjahre nach kurzem schweren, qualvollen Leiden am 27. Mai, 11½ Uhr, sanft eingeschlafen ist.

Dies zeigen tiefbetrübt an
feine Gattin Anna Rath, geb. Remstedt,
August Kiwit u. Frau, geb. Rath,
Heinrich Rath u. Frau, geb. Behrens,
Hinz Schröder u. Frau, geb. Rath,
und Enkelkinder.

Besichtigung: Dienstag, den 30. Mai, 3½ U., Leichenhalle Krankenhaus St. Georg.
Beerdigung: Mittwoch, den 31. Mai, 3 Uhr, von Kapelle 10 in Ohlsdorf.

Sozialdemokrat. Verein Altona-Ottensen.

Den Mitgliedern die traurige Nachricht, daß unser Genosse

Charles Ehlbeck

verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Beerdigung findet am Dienstag, 30. Mai, nachmittags, von der Leichenhalle Weidenstraße aus statt.

Des weiteren verstarb die Genossin

A. Tauk,
geb. Freitag.
Ehre ihrem Andenken!

Beerdigung: Mittwoch, 31. Mai, nachm. 2½ Uhr, von d. Kapelle Bornkampsweg.

Der Vorstand.

Am 28. d. Mts. verschied nach kurzem schweren Leiden meine innigst geliebte Frau, unsere liebe Tochter, Schwiegertochter, Schwester u. Schwägerin

Alwine Tauck
geb. Freitag

In tiefer Trauer:
Walter Tauck
Carl Freitag u. Frau
Heinr. Tauck u. Frau
Jul. Liedtke u. Frau geb. Freitag
Aug. Freitag u. Frau
Herm. Freitag u. Verl.

Beerdigung: 31. Mai, nachmittags 2½ Uhr, von der Kapelle des Ottensen. Friedhofes Bornkamp.

Am 28. Mai starb unerwartet meine liebe Frau, unsere gute Mutter

Marie Hauss,
geb. Legron, verw. Rath,
im 50. Lebensjahr.

In tiefer Trauer
K. Hauss u. Kinder.

Besichtig.: Dienstag, 30. Mai, nachm. 4 Uhr, i. d. Leichenhalle Norderreihe, Altona.
Einäscherung: Mittwoch, 31. Mai, nachm. 3 U., im Krematorium Ohlsdorf.

Arbeitsmarkt

Gesucht ein guter Rockschneider. I. Tarif. Dems. ist Gelegenh. gebot. d. Geschäft spät. zu übern. Nur eine 1. Kraft kommt in Frage. **Kaboisen 65, pt.**

Sofort tüchtige Spargelschälerinnen bei hohem Verdienst ges. **Konservenfabrik Heinr. Harms, Wandsbek, Bismarckstraße.**

Tüchtig. Klaviertechniker gesucht. **Pianohaus Jacobs, Hohe Bleichen 32.**

Tüchtiger Polierer u. Tischler gesucht. Pianohaus Jacobs, Hohe Bleichen 32.

Tüchtiger Schleifer auf Fahrradteile sofort gesucht. **A. Maly,** Kiel, Holtenauerstr. 73.

Gesucht Sohn achtb. Eltern im Alter von 15 bis 17 J. f. vorkommende Arbeiten. **Susannenstr. 13, Wirtschaft.**

Druck und Verlag: Hamburger Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.